

Asyl - Sorge vor Corona in Flüchtlingsunterkünften

13. April 2020, 18:54 Uhr



Die Erstaufnahme in der Maria-Probst-Straße. Bisher sind nur wenige Flüchtlinge infiziert.

(Foto: Catherina Hess)

Die Regierung von Oberbayern beruhigt, obwohl sich die Zahl der Infizierten über Ostern fast verdoppelt hat. Mediziner fordern eine dezentrale Unterbringung

Von Bernd Kastner

Mehrere Dutzend Ärztinnen und Ärzte appellieren an die Behörden in Bayern, die Asylunterkünfte wegen der Corona-Pandemie stärker in den Blick zu nehmen. Es sollten alle Flüchtlinge in Sammelunterkünften, auch jene ohne Symptome, auf mögliche Infektionen mit dem Coronavirus getestet werden, sobald ein Bewohner als infiziert bekannt sei. Ehe die Quarantäne einer Unterkunft beendet wird, sollten nochmals alle Bewohner getestet werden. Generell solle man die oftmals vorerkrankten Flüchtlinge als Risikogruppe behandeln. Aufgrund der Enge in den Unterkünften, der Mehrbettzimmer und der gemeinsamen Benutzung von Toiletten, Duschen und Küchen sei die Gefahr einer Ansteckung ähnlich hoch wie etwa in Seniorenheimen, argumentieren die 50 Mediziner, die den Appell mit dem Titel "Gleichbehandlung für alle" gezeichnet haben. Sie schließen sich der Forderung an, Großunterkünfte aufzulösen und Geflüchtete in kleinen Wohneinheiten unterzubringen.

Die Ärztinnen und Ärzte treibe unter anderem die Sorge, dass ein nicht mehr zu kontrollierender Virusausbruch in einer Unterkunft die zuständigen Kliniken schnell an ihre Belastungsgrenze bringen könnte, sagt Gerhard Schwarzkopf-Steinhauser, der früher die Abteilung für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention der städtischen München Klinik geleitet hat.

Auch wenn sich über die Osterfeiertage die Zahl der Infizierten in oberbayerischen Unterkünften, in denen knapp 30 000 Menschen leben, fast verdoppelt hat, beruhigt die Regierung von Oberbayern: "Die Zahl der Infizierten liegt - auch wenn es zu einem leichten Anstieg kam - auf einem niedrigen Niveau." 104 Personen seien derzeit infiziert, hieß es am Ostermontag. In den elf oberbayerischen "Anker"-Unterkünften seien sechs Flüchtlinge als infiziert registriert. In den rund 1200 kommunalen Häusern in Oberbayern seien in 16 Unterkünften 72 Personen betroffen. Einen Teil der Forderungen aus dem Arzt-Appell setzt die Regierung nach eigenen Angaben bereits um: Flüchtlinge, die in ihre Unterkunft "nicht adäquat in häuslicher Quarantäne abgesondert werden können", würden beispielsweise in München in die ehemalige Funkkaserne verlegt. Sie werde derzeit "ausschließlich" für Infizierte genutzt. Alle Flüchtlinge, die seit Ende Januar im Münchner Ankunftszentrum eintreffen, würden verdachtsunabhängig auf das Coronavirus getestet. Ob darüber hinaus weitere Personen getestet werden, entschieden die zuständigen Gesundheitsbehörden, so die Regierung.

Derweil macht man sich bei der Inneren Mission "große Sorgen um die Situation in den Unterkünften", erklärt Andrea Betz, die Chefin der Migrationsabteilung. Zwar nähmen die Betreuer die Flüchtlinge als "sehr sensibilisiert" wahr, "sie verhalten sich größtenteils sehr umsichtig". Dennoch sei das Ansteckungsrisiko hoch: "Die Menschen können sich dort nicht einfach aus dem Weg gehen." Ein Test aller Bewohner wäre für Flüchtlinge und Mitarbeiter beruhigend. "Die Präsenz der Beratungskräfte wird von Tag zu Tag wichtiger." Während die Innere Mission mit der Regierung ausgehandelt hat, die Beratung vor Ort zumindest eingeschränkt fortzuführen, hat die Caritas ihre Berater aus den staatlichen Häusern abgezogen. Sie versuchen laut Caritas, vor allem telefonisch Kontakt zu halten.